

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst

Landhaus
7000 Eisenstadt

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung
einer EntschlieÙung betreffend Nein zur 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend
Nein zur 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat

Im Zusammenhang mit nachhaltiger Infrastrukturfinanzierung ist es unumgänglich, geplante Großprojekte auf ihre Notwendigkeit einerseits und ihre Klimaverträglichkeit andererseits zu prüfen, umso mehr bei kapazitätserweiternden Infrastrukturen für umwelt- und klimabelastende Verkehrsträger.

Aus den Materialien des UVP-Verfahrens ist eindeutig belegbar, dass eine 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat keine Entlastung, sondern im Gegenteil noch mehr Belastung für heute schon unzumutbar belastete Stadtteile im Süden und Südwesten von Wien bringen würde. Betroffen sind aber auch Gemeinden im Nordburgenland. Neben Parndorf haben auch schon Vertreter aus Neudorf, Neusiedl am See und Bruckneudorf ihren Unmut über die Pläne zur dritten Piste geäußert, da eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Entwicklung der Gemeinden zum Nachteil gereichen würde. Freilich kann es nicht Ziel politischer Anstrengungen sein, unzumutbare Belastungen nur für Bürgerinnen und Bürger des eigenen Wahlkreises abwenden zu wollen. Verantwortungsvolle und umsichtige politische Entscheidung müssen das Wohl der gesamten Bevölkerung im Umkreis des Flughafens Wien-Schwechat und dessen Einflug- und Abflugschneisen zum Ziel haben.

Für die Anrainerinnen und Anrainer der nordburgenländischen und niederösterreichischen Gemeinden birgt eine dritte Piste die Gefahr massiv fallender Lebensqualität. Zunehmender Flugverkehr bringt eine höhere Lärmbelastung und Luftverschmutzung.

In den vergangenen Jahren konnten Erkenntnisse gewonnen werden, die die Sinnhaftigkeit des Projekts „3. Piste“ auch für Menschen infrage stellen, die früher noch unter den Befürwortern zu finden waren:

1. Die Verkehrsentwicklung am Flughafen: Diese zeigt zwei charakteristische Elemente: Der Anteil der Transferpassagiere geht trotz ansehnlicher Pro-Kopf-Anreizzahlungen der Flughafen Wien AG an die Fluglinien zurück, und das seit bald 15 Jahren Jahr für Jahr. Es gibt daher am Flughafen Wien-Schwechat keinen Kapazitätsengpass.

Auch die Prognosen, die einen künftigen Bedarf und damit ein „öffentliches Interesse“ gemäß Luftfahrtgesetz belegen sollten, waren weit übertrieben und falsch und mussten vom Gutachter bereits um ein Jahrzehnt korrigiert werden. Dieser Gutachter lag auch bei vielen anderen Flughäfen in seinen Einschätzungen regelmäßig falsch, die dafür verantwortlichen schweren methodischen Mängel dieses Gutachters sind seit 2014 auf gleicher fachlicher Ebene belegt. Ähnlich verhält es sich mit der „Qualität“ der Studien zum Flughafen als Arbeitsplatzmotor. Nur kurzfristig wirksame Arbeitsmarktbelegungen, von denen womöglich nur ein kleiner Teil an österreichischen Arbeitskräften profitiert, müssen ehrlich hinterfragt werden.

2. Die Auswirkungen des Flugverkehrs auf die Klimaentwicklung: Der Flugverkehr ist einer der größten „Klimasünder“, jährlich werden durch ihn in Österreich weit über zwei Millionen Tonnen Treibhausgas-Emissionen verursacht. Jährlich wird so viel CO₂ ausgestoßen wie von 1,3 Millionen Benzin-PKWs. Während für Benzin, Diesel und Heizöl Mineralölsteuer zu bezahlen ist, ist der Flugverkehr von der Mineralölsteuer befreit - damit wird dieses besonders klimaschädliche Verkehrsmittel auch noch

privilegiert und mit Steuergeld massiv subventioniert.

Dem gegenüber stehen die Klimaziele aus dem Pariser Abkommen 2015, dem sich auch Österreich verpflichtet hat. Das Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels ist gerade in den letzten Jahren in der Bevölkerung und in Teilen der Politik deutlich gestiegen

Es gibt Alternativen zum lauten und klimaschädlichen Flugverkehr. 40% der Flugreisen, die in Österreich getätigt werden, sind kürzer als 800 Kilometer. Das ist eine Distanz, die mit Hochgeschwindigkeitszügen wesentlich klimafreundlicher bewältigt werden könnte. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist eine Verlagerung kurzer Flüge auf die Schiene nötig. Dafür sind grenzüberschreitenden Bahnnetze und Zugverbindungen EU-weit auszubauen.

Aufgrund der eindeutigen Fakten zur Verkehrsentwicklung, aber auch der gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen durch den Flugverkehr ist daher eine umgehende Absage an einen weiteren Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat geboten.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und

- sich gegen den Bau der 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat wegen des objektiv fehlenden Bedarfs und der drohenden weiteren Erhöhung der bestehenden Gesundheits-, Umwelt- und Klimabelastungen durch den Flugverkehr einzusetzen,
- sich für eine EU-weite Kerosinsteuer stark zu machen sowie
- die gleiche Umsatzbesteuerung aller Tickets für den öffentlichen Verkehr zu erwirken.